

Junge Menschen in Krisenzeiten unterstützen!

**Forderungen der Jugendverbände
im Landesjugendring Niedersachsen
an eine neue Landesregierung
und an einen neuen Landtag**

Wir leben in keinen einfachen Zeiten. Die bereits heute spürbare Klimakrise bedroht besonders die Zukunft junger Menschen stark. Die Corona-Pandemie bildete dabei in den letzten Jahren für die gesamte junge Generation einen gemeinsamen Erfahrungshorizont. Viele fühlten sich allein gelassen und psychisch belastet. Finanzielle Sorgen in den Familien, Existenzängste, kein Platz zum Lernen und wenig Freizeitangebote trugen dazu bei. Die Herausforderungen, die nun der Ukraine-Krieg und die Teuerung mit sich bringen, belasten uns ebenso massiv.

Wir, die jungen Menschen der im Landesjugendring versammelten Jugendverbände, sagen daher: Wir brauchen hoffnungsvolle politische Zeichen! Über unsere Köpfe darf nicht hinweg entschieden werden! Wir und unsere selbst gewählten Orte, an denen unsere Bedürfnisse und Interessen ernst genommen werden, müssen in Niedersachsen unterstützt werden!

Wir bringen daher in sieben Punkten zum Ausdruck, was es für uns heißt, junge Menschen in Krisenzeiten zu unterstützen. Wir fordern die neue Landesregierung und den neuen Landtag dazu auf, diese Punkte und Forderungen als Grundlage jugendgerechten Handelns ernst zu nehmen und mit uns gemeinsam umzusetzen.

In Krisenzeiten junge Menschen zu unterstützen, heißt für uns...

1. Umwelt und Natur schützen.

Aus unserer Sicht ist die Grundlage für eine funktionierende Gesellschaft in erster Linie die Lösung der Klimakrise und der sich anbahnenden Biodiversitätskrise. Insbesondere die große Beteiligung an den Fridays for Future-Demonstrationen zeigt uns, dass junge Menschen sich stärker für globales Engagement öffnen. Auch wir in den Jugendverbänden beschäftigen uns mit Klimaschutz und bringen dabei auch Kindern und Jugendlichen nachhaltiges Leben näher. Der jugendliche Zeitgeist ist klimabewusst und nachhaltig.

Wir fordern deshalb:

- **Umwelt und Natur muss in allen Bereichen geschützt werden!**

Umwelt- und Klimaschutz ist keine bereichsspezifische Aufgabe. Die erfolgreiche Bewältigung der Klima- und der Biodiversitätskrisen kann nur erreicht werden, wenn alle Akteur*innen aus Wirtschaft, Regierung, Verwaltung und Zivilgesellschaft diese Krisen in ihre Entscheidungsfindung miteinbeziehen. Wir fordern von der neuen Landesregierung tiefgreifende Rahmenbedingungen und eine eindeutige Kommunikation mit all diesen Akteur*innen, die der dringenden Handlungsnotwendigkeit in diesen Krisen gerecht wird.

- **Wir brauchen ökologische Prüfsteine bei allen politischen Handlungen!**

Die Landesregierung muss dafür Sorge tragen, dass Umweltbelastungen von Böden, Luft und Gewässern langfristig verhindert werden.

- **Erneuerbare Energien aus Wind, Sonne, Wasser und weiteren regenerativen Energiequellen in Niedersachsen müssen ausgebaut werden!**

Die Treibhausgasemissionen der Landesverwaltung sollen bis 2030 um 70 % gesenkt werden. Bis zum Jahr 2050 soll die Landesverwaltung klimaneutral arbeiten. Dies gilt es umzusetzen!

- **In natürliche CO₂-Senken muss investiert werden!**

Besonders in dem Flächenland Niedersachsen sind die Voraussetzungen für CO₂-speichernde Flächen gegeben. Wir fordern Investitionen in den Schutz von Wäldern und die Renaturierung von Mooren, um von Menschen ausgestoßene Treibhausgase zu binden und gleichzeitig natürliche Habitate zu bilden. Dabei sollen, für eine gute Förderung der Biodiversität, zusammenhängende Flächen und Grünkorridore entstehen und ausgebaut werden.

- **Mit regenerativer Landwirtschaft sollen Klima und Umwelt geschützt werden!**

Den Schutz von Umwelt, Natur und Klima gilt es stärker in landwirtschaftlicher Praxis umzusetzen. Dafür brauchen wir eine viel stärkere Auseinandersetzung mit diesen Themen in der Landwirtschaft. Allen Akteur*innen soll es ermöglicht werden, sich ohne Probleme mit Methoden der CO₂-Bindung in Äckern, Biodiversität sowie Förderung der Böden und anliegenden Habitats auseinandersetzen zu können. Wir fordern die zukünftige Landesregierung auf, Rahmenbedingungen für eine langfristig regenerative Landwirtschaft in Form von Agroforstsystemen und Methoden der Permakultur in Niedersachsen zu schaffen.

2. Jugendarbeit nachhaltig fördern.

Jugendarbeit muss auch in Krisenzeiten bestehen können. Seit Beginn der Corona-Pandemie zeigen uns die Maßnahmen der Landesregierung: Die Förderung der Jugendarbeit durch das Land Niedersachsen wirkt Krisen nicht entgegen. Anstatt in landesweit aktive Fachkräfte und Ehrenamtliche in der Jugendarbeit zu investieren, werden neue Geldmittel ausschließlich in Projektschienen investiert. Hohe Summen werden ohne Nachhaltigkeit auf Projektebene bewegt – und das von zu wenig Personal in der Verwaltung.

Wir fordern daher:

- **Niedersachsen braucht einen nachhaltig wirkenden Booster für Fachkräfte und Engagementförderung in der Jugendarbeit!**

Wir brauchen eine Geldverschiebung im Erhalt und Ausbau von Jugendarbeit. Das Jugendförderungsgesetz in Niedersachsen und dessen finanzielle Ausstattung muss den landesweiten Trägern der Jugendarbeit ermöglichen, in flexibler Form auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen reagieren zu können, indem Fachpersonal immer – besonders in Krisen – ausreichend angestellt, bezahlt und qualifiziert werden kann. Zudem muss das Jugendförderungsgesetz einer Digitalisierungsoffensive unterzogen werden.

- **Das Förderprogramm “4Generation” muss dauerhaft verankert werden!**

Das Förderprogramm “4Generation” ist ein Anstoßprogramm für landesweite und kommunale strukturelle Maßnahmen und muss dezidiert als solches im Jugendförderungsgesetz verankert werden.

- **Die Projektschienen des Förderprogramms “Startklar in die Zukunft” müssen hinsichtlich ihrer Ziele und Wirkungsfelder evaluiert werden!**

Viele gute Ideen und Möglichkeiten sind entstanden. Doch müssen wir für eine etwaige Verstetigung guter Programme darauf achten, was Jugendarbeit ist und was anderen fachlichen Feldern zuzuordnen ist. Eine Verwässerung führt zum Verlust der Fachlichkeit. Die Umsetzung bleibt damit einmalig und nicht nachhaltig. Daher braucht es eine Evaluierung.

- **Die öffentliche Verwaltung braucht mehr Personal in der Jugendarbeit!**

Jugendarbeit in Niedersachsen lebt von einem guten Zusammenspiel zwischen landesweiten freien Trägern, Landesjugendamt und zuständigem Fachministerium. Die Verwaltung des “Startklar in die Zukunft“-Programms hat noch einmal verdeutlicht, dass das Land Niedersachsen in seine personelle Verwaltung im Bereich der Jugendarbeit zu wenig investiert. Mehr Aufgaben und mehr Mittelverteilung können nicht durch den gleichen Personalschlüssel bewältigt werden; vielmehr braucht es auch hier mehr personelle Ressourcen für die Verwaltung im Land Niedersachsen.

- **Der Landesjugendring muss besser verankert werden!**

Die Förderung des Landesjugendrings ist seit 40 Jahren Bestandteil im Land Niedersachsen. Wir brauchen eine grundlegende institutionelle Verankerung, die uns ehrenamtlichen jungen Erwachsenen die Freiheit gibt, im Landesjugendring abgesichert Verantwortung zu

übernehmen und die es ermöglicht, flexibel auf Herausforderungen in der Jugendarbeit reagieren zu können.

- **Jugendbildungsstätten müssen abgesichert werden!**

Jugendbildungsstätten sind wichtige Begegnungsorte der Jugendarbeit und müssen in existenziellen Notlagen finanziell unterstützt werden. Die aktuelle Energiekrise, die Inflation und die anhaltende Corona-Pandemie machen einen wirtschaftlichen Betrieb dieser Stätten extrem herausfordernd. Das Land Niedersachsen muss die Träger der Einrichtungen unterstützen, damit wir auch langfristig Jugendbildungsstätten nutzen können.

3. Beteiligung ernst nehmen.

Wir jungen Menschen sind politisch unterrepräsentiert. Uns fehlt die Teilhabe an Entscheidungsprozessen im politischen Raum. Wir sind nicht politikverdrossen, wir haben ein Interesse an Wahlen und politischer Bildung. Wir können verantwortungsvoll mit unserer Stimme umgehen. Deshalb braucht es dringend die Entwicklung einer Haltung und Bereitschaft für Beteiligung junger Menschen in den Kommunen und in der neuen Landesregierung.

Was wir wollen:

- **Die zügige Herabsetzung des Wahlalters auf 14 Jahre zur Zulassung zu Landtagswahlen in Niedersachsen!**

Viel zu selten gibt es Gelegenheiten, junge Themen voranzubringen, mit denen sich Politiker*innen auseinandersetzen. Es braucht mehr Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen an Wahlen, damit wir alle selbstbestimmt ausdrücken können, welche Themen uns politisch wichtig sind.

- **Lasst uns mitbestimmen!**

Denn: Wir jungen Menschen sind nicht nur die Gesellschaft von morgen. Schon heute müssen wir unsere eigene Zukunft aktiv mitgestalten. Wir selbst können dabei unsere eigenen Belange am besten vertreten. Daher sind wir an allen uns betreffenden Entscheidungen angemessen zu beteiligen. Das Ziel soll eine nachhaltige und langfristige Beteiligung von jungen Menschen sein. Hierbei sollen keine Parallelstrukturen geschaffen werden, viel eher gilt es, bereits vorhandene Strukturen zu nutzen und zu stärken.

4. Ehrenamt stärken.

Gerade in herausfordernden Zeiten sind Ehrenamtliche für das Land Niedersachsen unersetzbar. Für viele von uns ist unser Ehrenamt in den Jugendverbänden eine Frage der Haltung und der Selbstverständlichkeit. Wir übernehmen Verantwortung und gestalten miteinander - kurzfristig oder langfristig, ortsgebunden oder flexibel.

Wir fordern daher:

- **Eine Gleichstellung der Ehrenamtskarte mit der Juleica!**

Niedersachsen ist Juleica-Land! In keinem anderen Bundesland qualifizieren sich so viele engagierte Jugendleiter*innen wie in Niedersachsen. Dennoch gelten viele Vergünstigungen der Kommunen für sie nicht, das muss sich ändern.

- **Einen Rechtsanspruch auf Sonderurlaub für Ehrenamtliche unter Fortzahlung des Bruttogehalts!**

Der Sonderurlaub zu Zwecken der Jugendarbeit und des Jugendsports soll zu einem Rechtsanspruch umgewandelt werden. Zudem sollen die Arbeitgeber*innen, anders als jetzt, die Möglichkeit haben beim Land direkt eine Erstattung der Lohnkosten für die Zeit des Sonderurlaubs zu beantragen.

5. Sozial gerecht absichern.

Selbstverwirklichung, ein gutes Wohn-, Lern- und Arbeitsumfeld sowie ausreichend Zeit mit Freund*innen und Familie: Jugendliche brauchen soziale Gerechtigkeit. Die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge muss sich an den Bedürfnissen junger Menschen orientieren und als Teil des Sozialstaats betrachtet werden.

Das bedeutet:

- **Wir fordern eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie!**

Die künftige Landesregierung muss ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, damit junge Menschen die nötigen beruflichen Qualifikationen für eine sichere Zukunft erlangen können. Es braucht hier auch eine starke Zusammenarbeit der neuen Landesregierung mit den Gewerkschaften.

- **Wir fordern nachhaltige Mobilität für alle!**

Jedem jungen Menschen sollte es ermöglicht werden, kostengünstig und umweltbewusst von einem Ort zum nächsten zu reisen. Ein kostengünstiges Jugendticket in Niedersachsen für den gesamten ÖPNV muss ermöglicht werden.

- **Wir fordern bezahlbares Wohnen und sichere Rückzugsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche!**

Von der Landespolitik erwarten wir den Ausbau von sozialem Wohnungsbau, um jungen Menschen und Familien mit geringem Einkommen ein Leben in der Stadt zu ermöglichen. Außerdem bedarf es mehr Wohnraum für junge Erwachsene auf dem Land zu bezahlbaren Konditionen durch die Umnutzung von Altgebäuden zu Wohnzwecken.

- **Wir wollen Digitalisierung für alle!**

Ob in der Schule oder in der Jugendverbandsarbeit: Es braucht eine flächendeckende Versorgung mit frei zugänglichem und schnellem Internet, um flexiblen Arbeits- und Lebenskonzepten gerecht zu werden. Wir fordern den Bürokratieabbau durch den Ausbau digitaler Behördengänge, um die Bearbeitung von Verwendungsnachweisen und Antragstellungen zu vereinfachen und zu beschleunigen.

6. Diskriminierungen abbauen.

Alle jungen Menschen – unabhängig von individuellem oder familiärem Bildungsgrad und Einkommen, Geschlecht, Familienform, Religion, kultureller und familiärer Herkunft, sexueller Orientierung, Aufenthaltsstatus, körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigungen – müssen das gleiche Recht auf gesellschaftliche Teilhabe haben.

Wir fordern daher:

- **Migrant*innen-Jugendselfstorganisationen (MJSO), Vereinigungen junger Menschen mit Migrationsgeschichte (VJM) und Organisationen von jungen People of Color (PoC) müssen endlich gleichberechtigt gefördert werden!**

Nach wie vor können Gruppen und Verbände, die in Niedersachsen nicht etabliert sind, nur Projektförderungen erhalten. Das ist ungerecht und führt zu massiver Ungleichheit zwischen den Gruppen und Verbänden. Hier muss eine ernst gemeinte und realistische Perspektive geschaffen werden. Durch die Stärkung postmigrantischer Strukturen erkennen wir die Vielfalt unserer Gesellschaft an.

- **Strukturen zur Ermöglichung von Jugendarbeit für und mit Geflüchteten müssen geschaffen werden!**

Wir Jugendverbände stehen allen jungen Menschen offen und wir leben tagtäglich ein friedliches und respektvolles Miteinander. Wir möchten auch Geflüchteten eine Perspektive aufzeigen und einen sicheren Raum bieten. Dazu braucht es jedoch auch Strukturen, die geflüchteten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Teilhabe an Aktionen und an Jugendarbeit ermöglichen.

- **Queere Vielfalt leben und Solidarität fördern!**

Noch immer werden junge Menschen, die nicht der heteronormativen Dominanzgesellschaft oder nicht dem binären Geschlechtersystem entsprechen oder nicht cis-geschlechtlich sind, diskriminiert, ausgegrenzt und müssen Gewalt erleben. Queeren Menschen wird dadurch die Entfaltung und Auslebung der sexuellen/romantischen Orientierung und der (Geschlechts-) Identität erschwert. Daher bedarf es neben allgemeinen Informations-, Sensibilisierungs- und Antidiskriminierungsangeboten auch der Unterstützung und Begleitung von jungen Menschen. Diversitätsbewusstsein und Diskriminierungskritik müssen als Querschnittsaufgabe verstanden, gefördert und etabliert werden – sowohl in der Jugendarbeit als auch darüber hinaus.

7. Aktiver Schutz und Einsatz für Entfaltungsmöglichkeiten.

Das heißt für uns:

- **Die formellen Bedingungen des Bundeskinderschutzgesetzes sind umzusetzen!**
Prävention, Sensibilisierung sowie die Fortbildung von ehren- und hauptamtlichen Akteur*innen in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen muss vor Ort langfristig umgesetzt werden. Wir brauchen dafür nachhaltige Unterstützungs- und Beratungsstrukturen.
- **Maßnahmen zur Aus- und Fortbildung sowie Programme zur Sensibilisierung und Prävention sexualisierter Gewalt müssen finanziell in vollem Umfang abgesichert werden!**
- **Die Coronafolgen für Kinder und Jugendliche sind bestmöglich abzumildern!**
Die Akteur*innen der Kinder- und Jugendarbeit haben gut ausgearbeitete Ideen, wie dieses gelingen kann. Der 13-Punkte-Plan des Landesjugendring Niedersachsen ist hier ein gutes Beispiel. Diese Konzepte gilt es in politischen Entscheidungen zu berücksichtigen.
- **Die Kinder- und Jugendrechte müssen in der Landesverfassung in vollem Umfang verankert werden; auf Bundesebene und im Bundesrat soll sich die Landesregierung für die Aufnahme der UN-Kinderrechtskonvention in das Grundgesetz einsetzen!**